



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 235-2021
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2021.RRGR.354

Eingereicht am: 29.11.2021

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Bauer (Wabern, SP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 02.12.2021

RRB-Nr.: 585/2022 vom 01. Juni 2022
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Service public stärken!

Der Service public spielt in jeder Volkswirtschaft eine wichtige Rolle. Seine gemeinwirtschaftlichen und bedarfsorientierten Leistungen werden zwar als selbstverständlich konsumiert, aber gleichzeitig nur als kostentreibend dargestellt. Doch gerade während der Corona-Krise wird klar, dass der Service public unabdingbare Grundversorgungsaufgaben wahrnimmt, die für das Überleben und die Lebensqualität der Gesellschaft grundlegend sind.

Der Service public spielte und spielt während der Corona-Krise eine zentrale Rolle. Ohne Service public wäre die Lage in den letzten Monaten und Jahren viel schlimmer gewesen, und die Schweiz hätte der Pandemie nicht auf diese Weise entgegentreten können. Doch viele Bereiche des Service public wurden durch die Krise noch weiter geschwächt, sei es finanziell oder organisatorisch, aber auch mit Blick auf die Lage der jeweiligen Arbeitnehmenden.

Der Service public muss in dieser Situation gestärkt werden. Das ist nicht einfach eine Option, sondern eine grundlegende Voraussetzung für den Aufschwung – und auch für die Bewältigung einer nächsten Krise. Dazu braucht es als ersten Schritt mehr Transparenz und Sichtbarkeit zur wichtigen Rolle des Service public für die kantonale Volkswirtschaft.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welchen Anteil hat der Service public am BIP des Kantons Bern?
2. Wie verteilt sich dieser Anteil auf die folgenden Sektoren:
 - Bundesverwaltung und Betriebe des Bundes (SBB, Post usw.)?
 - Kanton Bern:
 - Zentrale Verwaltung?
 - Schulen und Universitäten?

- Ausgelagerte Spitäler und subventionierte Betriebe im Gesundheits- und Sozialbereich?
 - Dienstleister wie BKW, BLS, BEKB und BEDAG?
 - Gemeindeverwaltungen und Infrastrukturdienste der Gemeinden?
3. Wie viele Personen arbeiten in den in Frage 2 aufgeführten Bereichen des Service public?
 4. Wie wirken sich diese Investitionen auf die Wertschöpfung des Kantons Bern und auf das Volkseinkommen aus?
 5. Wie hoch sind die Vorleistungen des Service public für andere Branchen? Beispielsweise wie viele Arbeitsplätze in anderen Branchen hängen – wo messbar – direkt von einem gut ausgebauten Service public ab?
 6. Welchen Anteil am Steuerertrag leisten natürliche und juristische Personen im Bereich des Service public?
 7. Welche Rolle spielt der Service public bei der Innovation? Wie viele Patente wurden von der Uni Bern bzw von den BFH in den letzten fünf Jahren angemeldet bzw. von Forschenden, die in ihrem Auftrag tätig waren?
 8. Wie verteilen sich die Standorte des Service public im Kanton Bern, und welche Rolle spielen sie für die dezentrale Siedlungsstruktur?
 9. Ist der Regierungsrat bereit, die volkswirtschaftlichen Leistungen des Service public wissenschaftlich vertieft überprüfen zu lassen?
 10. Vor dem Hintergrund, dass der Service public gerade während der aktuellen Pandemie unabdingbare Grundversorgungsaufgaben wahrnimmt und gleichzeitig mit Mehrkosten und Mindereinnahmen konfrontiert ist: Wie stellt der Regierungsrat die langfristige Finanzierung des Service public über die Pandemie hinaus sicher?

Begründung der Dringlichkeit: Die Stärkung des Service public ist zentral, damit der Kanton Bern gut aus der Krise kommt. Dazu braucht es Kennzahlen und Informationen, damit die entsprechenden Massnahmen getroffen werden können.

Antwort des Regierungsrates

Der Begriff «Service public» wird sehr unterschiedlich verwendet. Es gibt keine allgemein anerkannte Definition. Gemäss Bundesrat umfasst der Service public *die Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und -dienstleistungen, welche für alle Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes zu gleichen Bedingungen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen sollen.*¹

Der Regierungsrat weist darauf hin, dass der Service public neben der volkswirtschaftlichen Bedeutung auch einen gesellschaftlichen Einfluss hat. Er glättet soziodemografische und regionale Unterschiede in einer Gesellschaft und stiftet damit Identität. Dadurch leistet er einen Beitrag an den politischen und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gestützt darauf nimmt der Regierungsrat zu den einzelnen Fragen wie folgt Stellung:

¹ Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEG): [Ein guter Service public – das Markenzeichen der Schweiz](#)

1. Dazu liegen keine belastbaren Zahlen vor. Das Amt für Wirtschaft (AWI) hat eine grobe Schätzung auf Basis der Beschäftigten vorgenommen (vgl. Tabelle zu Frage 2). Demnach belief sich der Anteil des Service public am Bruttoinlandprodukt (BIP) des Kantons Bern auf 27 Prozent.
2. Dazu liegen keine belastbaren Zahlen vor. Basierend auf der Statistik der Unternehmensstruktur (STATENT) des Bundesamts für Statistik können für die einzelnen Bereiche des Service public die Beschäftigten relativ genau ausgewiesen werden. Zusätzlich stehen Wertschöpfungsdaten auf Branchenebene von BAK Economics zur Verfügung. Davon ausgehend hat das AWI eine grobe Schätzung der entsprechenden Wertschöpfung vorgenommen.

Angaben für das Jahr 2019	Beschäftigte	Anteil an Total Service public	Wertschöpfung (in Mio. CHF)	Anteil an Total Service public
Bund	46'364	26.5%	6'160	30.6%
Bundesverwaltung	23'188	13.2%	3'094	15.4%
SBB	7'134	4.1%	739	3.7%
Post	11'267	6.4%	1'293	6.4%
Swisscom	4'775	2.7%	1'034	5.1%
Kanton Bern	111'571	63.7%	11'990	59.6%
Schulen und Universitäten (inkl. Private)	33'544	19.2%	4'476	22.3%
Zentrale Verwaltung	11'310	6.5%	1'509	7.5%
Spitäler (inkl. Private)	28'566	16.3%	2'000	9.9%
Betriebe im Gesundheits- und Sozialbereich (inkl. Private)	29'743	17.0%	2'083	10.4%
BKW	3'220	1.8%	1'116	5.5%
BLS	3'537	2.0%	366	1.8%
BEKB	1'230	0.7%	349	1.7%
BEDAG	421	0.2%	91	0.5%
Gemeinden Kanton Bern	17'102	9.8%	1'962	9.8%
Gemeindeverwaltungen und Infrastrukturdienste der Gemeinden	17'102	9.8%	1'962	9.8%
Total Service public	175'037	100.0%	20'113	100.0%

Quelle: BFS, BAK Economics, Angaben der Unternehmen, eigene Berechnung

3. Vgl. die Antwort zur Frage 2.
4. Zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen liegen keine Informationen vor. Aufgrund der Komplexität können auch keine Schätzungen vorgenommen werden.
5. Zu den Vorleistungen liegen keine Informationen vor. Aufgrund der Komplexität können auch keine Schätzungen vorgenommen werden.
6. Institutionen, welche mit ihrer Tätigkeit Staats- oder Grundversorgungsaufgaben erfüllen, sind praktisch alle steuerbefreit. Aus diesem Grund ergibt sich aus dem Bereich des Service public ein verhältnismässig geringer Steuerertrag der juristischen Personen, der jedoch angesichts der unklaren Definition nicht beziffert werden kann. Der Steuerertrag von natürlichen Personen (Verwaltungsangestellte, Angestellte von Service public-Unternehmen) kann ebenfalls nicht beziffert werden, da er von persönlichen Faktoren wie der Einkommenshöhe und dem Wohnort abhängig ist.
7. Die Innovationspolitik des Kantons Bern schafft günstige Voraussetzungen und gibt Impulse für das wirksame und effiziente Zusammenspiel von Forschung und Wirtschaft. Im

Fokus stehen innovationsfördernde Dienstleistungen für bestehende und neue Unternehmen. Der Kanton Bern unterstützt Unternehmen und Organisationen mit Förderbeiträgen für innovative Projekte mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken.

In den vergangenen fünf Jahren wurden von der Universität Bern 78 und von der Berner Fachhochschule (BFH) 28 Patente angemeldet. Das Potenzial für Patente ist generell von der Grösse der Hochschule sowie von der Art der Forschung abhängig: Bei der angewandten Forschung, wie sie die BFH betreibt, erfolgt die Patentierung und Kommerzialisierung in der Regel durch die beteiligten Partnerinnen und Partner. So wird an der BFH geistiges Eigentum oft im Rahmen von Innosuisse-Projekten erarbeitet und geht anschliessend an den Industriepartner. Die BFH hat im vergangenen Jahr 115 solcher Innosuisse-Projekte zusammen mit Praxispartnern durchgeführt.

Eine weitere Form der Nutzung von geistigem Eigentum aus der Hochschulforschung und -innovation ist die Gründung von Spin-off-Unternehmen. Dies sind Ausgründungen aus den Hochschulen, die von privaten Investoren analog zu anderen Firmengründungen finanziert werden und sich im Erfolgsfall als eigenständige Unternehmen etablieren können. Aktuell sind auf der Webseite von Unitectra (www.unitectra.ch), dem Technologietransferbüro der Universitäten Bern, Basel und Zürich deren 27 aktive Spin-off-Unternehmen aufgelistet. Die BFH führt auf ihrer Webseite aktuell 23 aktive Spin-offs ihres Departements Technik & Informatik auf.

8. Beim Service public handelt es sich um eine flächendeckende Bereitstellung von Grundversorgungsleistungen, denen ein spezielles öffentliches Interesse zukommt. So verteilen sich die Standorte des Service public im ganzen Kantonsgebiet. Dadurch sind auch die Arbeitsplätze über das ganze Kantonsgebiet verteilt. Die zentrale Verwaltung sowie die grössten Institutionen des Gesundheits- und Bildungsbereichs bzw. die staatsnahen Unternehmen sind aus Gründen der Erreichbarkeit hauptsächlich in den kantonalen Zentren angesiedelt.
9. Der Regierungsrat sieht keinen Bedarf, die volkswirtschaftlichen Leistungen des Service public wissenschaftlich vertieft überprüfen zu lassen. Zudem steht der allfällige zusätzliche Nutzen einer solchen Studie in einem schlechten Verhältnis zum Aufwand.
10. Die langfristige Finanzierung des Service public ist über die gesetzlichen Grundlagen sichergestellt. Die Covid-19-Pandemie hat auf die langfristige Finanzierung keinen Einfluss. Kurzfristige, ausserordentliche Kosten bzw. Mindereinnahmen während der Covid-19-Pandemie wurden grösstenteils über zusätzliche Unterstützungsmassnahmen des Bundes und des Kantons finanziell abgegolten.

Verteiler

– Grosser Rat